Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 25 Pfge., durch die Post 2 Mark 50 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge.
Auflage: 26000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung u. Geschäftsverkehr.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Nb. 5 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Preis: große Nonpareillezeile 6 Pfge. [illegible]

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden.

Nr. 33. Zwanzigster Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Dienstag, 2. Februar 1875.

Politisches.

Schnurstracks sich widersprechend lauten die Beschlüsse der Versailler Nationalversammlung. Sie ist jetzt in das entscheidende Stadium eingetreten; der Kampf um die künftige Regierungsform Frankreichs wogt mit wechselndem Glück hin und her. Am Freitag erfocht die monarchische Rechte einen Sieg: mit einem Mehr von 24 Stimmen lehnte sie den Vorschlag Laboulaye's ab, welcher die Proclamirung der definitiven Republik mit einem Präsidenten und zwei Kammern forderte. Die Monarchisten jubelten, daß nunmehr die Republik parlamentarisch beseitigt sei. Am Sonnabend jedoch stellte die republikanische Linke die Schlacht wieder her: mit einer einzigen Stimme Mehrheit nahm sie einen im Uebrigen nicht sehr erheblichen Antrag des Deputirten Wallon an, in dem das Wort „Präsident der Republik" vorkommt. Zur Hausthür hinausgeworfen, kletterte die Republik zum Fenster wieder herein. Diesen Erfolg verdanken die Republikaner ihrer Einmüthigkeit, wie ihre Zersplitterung am Freitage ihre Niederlage verschuldet hatte. Die äußerste Linke hatte sich nämlich durch Louis Blanc dahin vernehmen lassen: sie betheilige sich an der Abstimmung überhaupt nicht, weil die Existenz der Republik nicht in Frage gestellt werden dürfe. Dieser absolute Standpunkt, der sich um die Schwierigkeiten des praktischen Lebens nicht kümmert, ist in der letzten Stunde von der äußersten Linken selbst als unfruchtbar erkannt und verlassen worden. Infolge der gewonnenen praktischeren Erkenntniß stimmten sie mit ihren republikanischen Genossen für den Antrag Wallon. Die Monarchisten aller Farben, die Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten werden zornig über die gesetzlich beschlossene Einführung der Republik aufschäumen, Mac Mahon den Sonnabend als einen der schwärzesten Tage in dem Kalender seiner Erfahrungen anstreichen. Es gelüstet uns keineswegs, an die obige Schilderung der thatsächlichen Vorgänge, an die Kennzeichnung der inneren Widersprüche der Lage Frankreichs eine Muthmaßung über die nächsten Ereignisse anzuknüpfen. Warten wir ab, welche Schritte die Parteien thun, um sich aus dem Wirrsale herauszufinden. Keinesfalls kann es das Ansehen der Nationalversammlung und die ihrem Werke erforderliche Autorität fördern, wenn sie in dem Grundgedanken sich in Gegensätzen bewegt, die wichtigsten Beschlüsse mit winzigster Stimmenmehrheit faßt, wenn die Abwesenheit einiger weniger Deputirten, ein Schnupfen, eine Verspätung auf der Eisenbahn u. dergl. über die obersten Fragen: ob Republik, ob Monarchie und welche derselben? entscheidet.

Die Generäle des jungen Königs Alfonso haben nunmehr den Feldzug gegen die Carlisten begonnen. Wie es scheint, anfänglich mit Glück. Es handelt sich um militärische Bewegungen in großem Stile, um einen von allen Truppen begonnenen Kriegsplan, vielleicht um die letzte blutige Entscheidung eines unsäglich widerwärtigen, blutgierig geführten Bürgerkriegs. Don Carlos ist anscheinend noch guten Muths; er verfügt über eine Streitmacht von nahezu 40,000 Mann; das gebirgige Navarra, seine Operationsbasis, ist eine einzige riesige Festung, die mit stürmender Hand zu nehmen, Ströme Blutes kosten muß. Er weist die Behauptung: er sei im Begriffe mit den Alfonsisten einen „Convenio" zu schließen, der dem Bürgerkrieg ebenso ein Ende bereitete, wie der von Espartero geschlossene Vertrag, der den Carlistenkrieg der 40er Jahre abschloß, in das Gebiet der Lügen zurück; diejenigen seiner Offiziere und Mannschaften, die Miene machen, zu Alfonso überzugehen, läßt er über den Haufen schießen und hält so Treue und Mannszucht mit den Schrecknissen von Pulver und Blei aufrecht. Möglich ist es jedoch, daß das Aufhören der Waffenzufuhr aus Frankreich, sowie das Ausbleiben der Gelder aus England — Beides Ereignisse seit der Thronbesteigung Alfonso's — Don Carlos die Weiterführung des Kriegs unmöglich macht.

In dem Prozeß Ofenheim ist nun die vierte Woche vorüber und zugleich das Zeugenverhör abgeschlossen worden. Es folgt nunmehr noch die Vernehmung der Sachverständigen, dann die Plaidoyers, schließlich der Urtheilsspruch. Der Ausgang des Prozesses hüllt sich noch in volles Dunkel und Recht hat der Wiener Volkshumor, wenn er den Faustmonolog also travestirt:

Habe nun ach! die ganze Trag'
Bis Jassy studirt ohn' Unterlaß,
Hab' auch den Ober- und Unterbau
In Augenschein genommen genau,
Die Schwellen nach Maß und Güte geprüft,
Mich in das Schotterbett vertieft,
Hab' die Nivellett' mit der Wasserwaag'
Gewogen den ganzen lieben Tag,
Die Steigungen und Curven sondirt,
Die Rutschungen an den Dämmen probirt,
Den Gang der Maschinen controlirt
Und mich über Alles instruirt, —
Da steh' ich nun, ich armer Thor,
Und bin so klug als wie zuvor.

Unermeßlich jedoch, das erkennt man bereits jetzt, ist die Wirkung dieses Prozesses, aber in keiner Weise für Oesterreich und sein Ansehen förderlich. Durch die Vorgänge bei der Vernehmung des Handelsministers Banhans ist der Prozeß in die politische Phase getreten. Dieser Minister reinigte sich anfänglich vollständig von allen Beschuldigungen Ofenheim's, sich bei der böhmischen Nordbahn unerlaubt bereichert zu haben. Der Gerichtshof war fest entschlossen, hierauf die Vernehmung von Banhans zu beschränken und weiteren boshaften Ausfällen Ofenheim's keinen Spielraum zu lassen. Des Letzteren Vertheidiger, Dr. Neuda, machte mehrere Versuche, den Antheil von Banhans an der Gründung der Hypotheken-Rentenbank zu brandmarken. Der Gerichtshof untersagte jedoch dem Dr. Neuda, Fragen über diese Materie zu stellen. Banhans konnte abtreten; da mit einem Male erklärt er freiwillig: er könne den Saal nicht verlassen, ohne auf die sonstigen Anspielungen Dr. Neuda's zu antworten, und er berichtet unter allgemeiner Spannung, daß er bei jener Rentenbank 3000 und 2000 Gulden als Syndikatsbetheiligung erhalten habe. War es schon peinlich, zu hören, daß ein aktiver Minister mit „gründen" geholfen hat, so steigerte sich das Fatale der Situation, als Neuda erklärte: der Minister habe unwahr gesprochen, er habe später noch Gründergewinn erhalten durch eine dritte Person, welche vom Minister darüber eine Bescheinigung in Händen habe. Dr. Banhans habe sich letzter Tage vergebens bemüht, diese wieder zu bekommen. Der Vertheidiger sprach dies mit größter Entschiedenheit; sehr bewegt sagte der Minister, er habe neue Verdächtigungen gefürchtet (große Bewegung im Saale), er habe unter Eid ausgesagt, die neuen Behauptungen seien falsch. Während dies der Minister sagte, machte der Vertheidiger eine Handbewegung, als ob er eine Schrift — etwa jene Quittung — herausziehen wollte; der Präsident fiel rasch ein — zur Unzeit rasch — und entließ den Minister. Dr. Neuda hat schon einige Male falsche Behauptungen vorgebracht — doch diesmal lud er den Minister herausfordernd ein, ihn doch persönlich zur Rechenschaft zu ziehen. Herr Banhans hat es, schreibt ein Berliner Blatt, nicht ganz vermocht, diesen Streich zu pariren. Ist jene Quittung vorhanden, so wird sie doch wohl zu Tage kommen. Hat aber Dr. Neuda sein „Sie leugnen doch nicht, Excellenz", mit der bedeutungsvollen Handbewegung gewagt, ohne Beweise zu haben, so muß ihn der Minister zur Verantwortung ziehen; dazwischen hat er keine Wahl, mindestens nicht so lange er der Regierung angehört. Ohne daß man damit im mindesten für eine bisher unerwiesene Behauptung des angeklagten Ofenheim eintritt, darf man verlangen, daß dieser Vorfall nicht im Dunkel bleibe. Statt dessen hat Banhans sich begnügt, die Behauptung Neuda's, er habe noch außerdem 4000 Gulden erhalten, als Lüge zu erklären. Im österreichischen Ministerium sitzt also ein Mann, dem ein geriebener Vertheidiger einen Meineid nachsagt, ohne daß er dafür am Kragen genommen wird.

Die Ofenheimer jubeln auf. Wohin man in dem Proceß greift, überall Corruption der schlimmsten Art. Und doch hat die Regierung, in der Absicht Skandal zu vermeiden, sich gehütet, den letzten Schleier von dem Schuldigen zu ziehen. Der Präsident durfte nicht die Namen der Journalisten verlesen, die von Ofenheim seiner Zeit bestochen waren; die Folge ist, daß dieselben feilen Federn jetzt noch die Wiener Bevölkerung irreleiten und zu Gunsten Ofenheim's interessiren können. Man wollte nicht den Czechen Waffen gegen die „verfassungstreuen" Zeitungen liefern. Man hat nicht die Verwaltungsräthe auf die Anklagebank gesetzt, so daß ihr Zeugniß jetzt für Ofenheim in's Feld geführt werden kann. So ist die Gefahr vorhanden, daß der Proceß statt reinigend, nur noch mehr demoralisirend wirkt und die Fäulniß, welche alle Verhältnisse Oesterreichs angefressen hat, vor der ganzen Welt enthüllt wird.

Locales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat nach dem „Dr. J." in Leipzig am Sonntagmorgen in der kath. Kirche der Messe beigewohnt, im Laufe des Vormittags in Begleitung des Kreishauptmanns von Burgsdorff und des Bürgermeisters Dr. Koch das Gewerbemuseum und die Passage Steckner besichtigt und sich sodann zu einem kurzen Besuche bei dem Grafen Hohenthal nach Knauthain bezeben. Nachdem Se. Majestät wieder nach Leipzig zurückgekehrt, fand Nachmittags 2 Uhr im königlichen Palais ein Diner und Abends gegen 6 Uhr die Abreise nach Dresden statt. Hier besuchte der König an selbem Abend mit dem Prinzen Georg nebst Gemahlin, Königl. Hoh. und den toskanischen Herrschaften ein Ballfest, das der Minister des Innern gab.

— Daß der Reichskanzleramtspräsident Delbrück die Deputation der Leipziger Handelskammer empfangen hat, verdankt letztere nach den Mittheilungen eines vom Reichstage zurückgekehrten Abgeordneten — den „Dresdner Nachrichten". Sobald unser Artikel, der den Nichtempfang der Dresdner Deputation getadelt hatte, in Berlin eingetroffen war, zeigte ihn ein sächsischer Abgeordneter dem Reichskanzleramtspräsidenten, dem der Artikel ziemlich fatal zu sein schien. Kurze Zeit darauf meldete sich die Leipziger Deputation zu einer Audienz an und Excellenz Delbrück gab dem sächsischen Abgeordneten zu verstehen, daß er, um sich nicht abermaligen Recriminationen in der Presse auszusetzen, nun doch die Leipziger Deputation empfangen werde. Wir freuen uns, den Landsleuten aus Leipzig einen Dienst erwiesen zu haben.

— Als unsere Regierung im Bundesrathe gegen die Einführung der Civilehe stimmte, scheinen sie außer prinzipiellen Gründen auch finanzielle Rücksichten geleitet zu haben. Nach einem Ueberschlage, was wohl Sachsen die Einführung der obligatorischen Civilehe kosten wird, sollen sich die Einrichtungsspesen auf gegen 9 Millionen Mark belaufen. Es scheint sich um eine finanzielle Entschädigung der Geistlichen zu handeln für die Einbuße an Einkommen, die durch das Wegfallen der Taufen und kirchlichen Trauungen doch für die Geistlichen entsteht. Außerdem sind die Kosten für die Anstellung der Standesbeamten in jener Summe wohl inbegriffen. Der Landtag, dem eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten ist, wird zu prüfen haben, ob jene Summe nicht zu hoch gegriffen ist, denn so allgemein wird doch hoffentlich nicht das Begehren nach Taufen und Trauungen aufhören, daß die Geistlichen hieraus gar keine Einnahme mehr hätten. Auch in Preußen werden die Geistlichen jetzt für jenen Wegfall an Stolgebühren vom Landtage entschädigt.

— Die Naivetät, um nicht einen bezeichnenderen Ausdruck zu gebrauchen, der Nationalliberalen geht wirklich in's Weite; in dem neuen Wahlaufruf des Reichsvereins wird zunächst das bekannte nationalliberale Handwerk der Verdächtigung dadurch geübt, daß die beiden anderen Wahllisten, der acht Vereine und der unabhängigen Bürger, des Parteigetriebes beschuldigt werden, während diese gerade durch Ausscheidung aller prononcirten Parteielemente, natürlich aber auch der national-liberalen Hauptwühler, vor der Liste der Bezirksvereine sich vortheilhaft auszeichnen und den allein richtigen objektiven Standpunkt einnehmen. Schließlich aber gestattet sich nun der Reichsverein, und zwar in der unverschämtesten Weise, gerade dasselbe Manöver, dessen er die beiden anderen Wahllisten fälschlicher Weise verdächtigt, nämlich die Aufstellung einer Wahlliste, die den unverkennbaren Hauptzweck hat, das in den anderen Listen mit Recht ausgemerzte nationalliberale Mitglied und dessen Gefolge in die Wahlurnen einzuschmuggeln. Dem gesunden Sinne der Bürgerschaft darf man wohl vertrauen, daß sie dieses durchsichtige Manöver am Wahltage zu Schanden machen und insbesondere auch des unheilvollen Einflusses eingedenk sein werden, den gerade nationalliberale sächsische Reichstags-Abgeordnete durch unpatriotische Förderung des die sächsischen Interessen so schwer schädigenden Bankgesetzes ausgeübt haben.

— Eine genaue Vergleichung der jetzt vorliegenden 4 Stadtverordneten-Wahllisten (von den Bezirks-Vereinen, dem Reichsverein, den acht verbündeten Vereinen und dem Vereine unabhängiger Bürger) ergiebt Folgendes:

Ansässige:

Gemeinsam sind vorgeschlagen 10 und zwar (mit Weglassung aller Titel): Ackermann, Becker, Eugen, Friedrich, Hübler, Jordan, G. Lehmann, Schöne, Strunz, Vetzkrad.

Dreimal sind vorgeschlagen 12: Burchhardt, Geuke, Gerd, Häusler, Küntzelmann, G. O. Lehmann, Richter, Schaffrath, Schubert, Schulze, Siegel, Spitzner.

Zweimal sind vorgeschlagen 15: Boy, Crusebiegel, Daum, Kettner, Quack, Rothe, Schmidt, Steinwald, Strobel, Waltemoyer, Walter, Weite, Werner, Wolf, Wolfframm.

Einmal vorgeschlagen sind 38.

Unansässige:

Gemeinsam sind vorgeschlagen 8 und zwar: Altner, Chalupius, Frauenstein, Gottschall, Granzow, Pavelikowsky, Reiche-Eisenstuck, B. Wolf.

Dreimal sind vorgeschlagen 12: Bassenge, v. Benewitz, Dauß, Fritzsche, Goldner, Häntel, Heger, Heuller, Hoffmann, Linnemann, Nagel, Zeidler.

Zweimal sind vorgeschlagen 17: Albanus, Bernhardt, Bleb, v. Carolsfeld, Dörfing, Fickert, Gruner, Gutwasser, Hartwig, Kanitz, Klemm, Krause, Matthäi, Nippold, Pieper, Reichenmüller, Wohlfahrt.

Einmal vorgeschlagen sind 42.

Das Concurrenz-Verhältniß stellt sich nun so:

Ansässige:	Bezirks-Verein.	Reichs-Verein.	Acht verb. Vereine.	Verein unabh. Bürger.
Gemeinsam vorgeschl.:	10	10	10	10
Von 12 dreimal „	11	10	6	9
Von 15 zweimal „	9	7	9	3
Von 38 einmal „	6	9	11	12
Unansässige:				
Gemeinsam vorgeschl.:	8	8	8	8
Von 12 dreimal „	12	9	7	8
Von 17 zweimal „	16	11	4	3
Von 42 einmal „	—	8	17	17

—g. In vielen Familien giebt es ein militarpflichtiges Söhnchen oder Töchterchen, welches nächste Ostern ins bekannte und berühmte A-B-C-Schützenregiment einrücken muß, und bei dem Wort „Schule" glänzen wohl jetzt schon die Aeuglein der lieben Kleinen heller, während der Gedanke an die große Zuckerdüte ihre Herzchen schneller schlagen läßt. O goldne Zeit, die Kinderzeit! Das neue Volksschulgesetz, welches Vieles verlängert, hat auch die schöne Kinderzeit bedacht. Während bisher Kinder mit 5½ Jahren und darunter in die Schule aufgenommen werden konnten, sagt § 4 des neuen Gesetzes: „Beim Beginne eines neuen Schuljahres — zu Ostern — sind der Schule jedesmal diejenigen Kinder zuzuführen, welche bis dahin das sechste Lebensjahr erfüllt haben; auch dürfen auf Wunsch der Eltern oder Erzieher solche Kinder aufgenommen werden, welche bis zum 30. Juni desselben Jahres das sechste Lebensjahr vollenden." Für jedes neuaufzunehmende Kind ist 1) ein Taufzeugniß; 2) eine schriftliche Angabe der Eltern über die Confession, bezeichnendes Religion, welcher sie angehören, wobei Seiten der keiner Religion angehörenden Dissidenten eine Erklärung darüber abgegeben werden muß, bei welcher anerkannten oder bestätigten Religionsgesellschaft ihre Kinder an dem Religionsunterricht Theil nehmen sollen; 3) eine Bescheinigung über die an dem Kinde vollzogene Schutzpockenimpfung vorzulegen.

— Ueber den Stand der Vorarbeiten zum Baue einer neuen Elbbrücke schreibt das Amtsblatt des hiesigen Rathes: Ein von dem städtischen Ober-Ingenieur Manck ausgearbeitetes neues Projekt, welches dem königl. Finanzministerium bereits vorgelegen hat und dessen Anforderungen durchaus entspricht, liegt nebst den Kosten-Anschlägen dem Stadtrathe zur Entschließung vor. Die neue Brücke, welche nicht bloß dem Verkehre, sondern auch der Ueberleitung von Gas und Wasser über den Strom zu dienen bestimmt ist, soll von Sandstein erbaut werden und besteht aus der eigentlichen, 152 Meter langen Strombrücke mit nur vier, je 31 Meter weit gespannten flachen Stichbogen, und aus den auf beiden Ufern an die Strombrücke anstoßenden Landbrücken, deren jede aus 5 Bogen besteht und 82 Meter lang ist. Die gesammte Brücke würde sonach 316 Meter lang werden und 14 Bogen erhalten. Die Brückenbreite von Geländer zu Geländer ist auf 18 Meter bemessen, wovon 6 Meter auf die beiderseitigen je 3 Meter breiten Fußwege, 12 Meter aber auf die Fahrbahn kommen. Ihre Lage würde die Brücke ein wenig oberhalb der jetzigen Dampffähelinie erhalten, deren Betrieb während des Baues nicht gestört werden würde. Wir hören, daß der Kostenanschlag sich auf 2 bis 3 Millionen Mark belaufen soll.

— Am Sonnabend und Sonntag sind im Hofbräuhause (Amalienstraße) 8250 Glas Bockbier getrunken und dazu 1100 Bratwürste und 500 Pfund Rettige gegessen worden. Mehr kann man nicht gut verlangen.

— Bei dem Herannahen der besseren Jahreszeit wächst bei den Kranken und Leidenden auch von Neuem die Hoffnung auf Heilung oder doch Besserung und sehnsüchtig zählen Tausende die Wochen und Tage, wo ihnen der Gebrauch eines heilenden Bades möglich wird. Vor Allem ist es unser benachbartes Teplitz, von dessen segensreichen Quellen so mancher Schwergeprüfte seine einzige Rettung erhoffte. Wie mehrere deutsche Regierungen, so sitzt dort auch die sächsische Regierung ein Militärhospital zur Aufnahme